

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildungs- und -vertriebsverein in Dresden

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Post 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2, / Geschäftsstelle u. Expedition: Winterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690. Dresdener Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-2, Winterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,20 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Winterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 28. Januar 1928 Nummer 24

Die Verpfeffung der Volksschule

Neue Krisengerichte — Täuschung der Arbeiter — Verschärft den Kampf gegen die Reaktion

Die linksbürgerliche Presse jubelt „Offene Krise der Koalition“ (11), weil die Bürgerblockregierung in der gestrigen Sitzung des Bildungsausschusses bei der Entscheidung über die Frage der Simultanfächer in der Minderheit geblieben ist. Der Antrag der Deutschen Volkspartei zu dem bekannten § 20:

„In den Gebieten des Reiches, in denen eine nach Bekennnisschulen nicht getrennte Volksschule gleichschon oder nach Herkommen besteht, bleibt es bei dieser Rechtslage.“

wurde mit 15 gegen 13 Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen. Die linksbürgerliche Presse macht daraus eine „neue Krise der Koalition“, da das Zentrum bereits erklärt habe, daß es keine Minister aus dem Kabinett zurückziehen werde, wenn sich nicht bis zu Beginn der zweiten Lesung ein Weg finden läßt, der den kulturpolitischen Grundforderungen des Zentrums entgegenkommt.

Es ist nicht im mindesten damit zu rechnen, daß die gestrige Abstimmung im Bildungsausschuss zu einem Zusammenbruch der Bürgerblockregierung führen wird. Wie wir gestern bereits berichteten, und wie dies die bürgerlichen Mäntel heute erneut feststellen, hofft man in späteren interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien einen Einigungsweg zu finden. Außerdem soll ja dem vorkommenden Antrag keine Wirksamkeit dadurch genommen werden, daß der Staatsgerichtshof darüber entscheiden soll, auf welche Länder dieser Antrag der Volkspartei seine Anwendung finden soll, das heißt es bleibt dem Staatsgerichtshof überlassen, über den Bestand der Simultanfächer oder ihre Auflösung zu entscheiden.

Die Tägliche Rundschau unterstreicht unsere Ansicht, daß von einer „offenen Krise der Koalition“ nicht geredet werden kann, und diese vorläufig an eine Selbstauflösung

gar nicht denkt. Sie schreibt zu der Abstimmung im Bildungsausschuss:

„Man wird nicht verkennen dürfen, daß damit die bisherige Regierungskoalition in einer wichtigen Frage auseinandergegangen ist. Es ist aber nicht damit zu rechnen, daß daraus sofort irgendwelche Konsequenzen gezogen werden. Das Zentrum und die Deutschnationalen haben mit der Umgestaltung des § 20 des Reichsschulgesetzes nach dem Antrag der Deutschen Volkspartei gerechnet. (1) Man scheint sich darüber einig zu sein, daß man jetzt zunächst einmal zwischen der ersten und zweiten Ausschusslesung eine größere Pause eintreten läßt und in dieser Zwischenzeit erneut interfraktionelle Besprechungen abhält.“

Die Ausführungen der Täglichen Rundschau sind klar. Das Geschrei wegen der „Regierungskrise“ ist ein überflüssiges Geschrei. Die Dresdener Zeitung der Volkspartei verkündet heute in großer Schlagzeile, „Ruhige Behandlung“. Diese Zeitung verkündet dabei, daß bei den Deutschnationalen und auch bei den Volksparteitellen die Auffassung vorherrscht, daß trotz der Verkündung des Zentrums, daß es keine Minister zurückziehen wolle, es nicht zu einer offiziellen Krise komme. Die Haltung des Zentrums entspreche nur einer taktischen Absicht. Es sollen jetzt Einigungsverhandlungen herbeigeführt werden. Es seien genug Anregungen für eine Einigung und ferner noch starke Interessen für eine solche vorhanden.

Wir verweisen immer wieder darauf, daß das ganze Geschrei über die angebliche Auflösung der Arbeiterirreführung. Die Arbeiterklasse kann nur eine Aufgabe kennen, den härtesten Kampf gegen den Bürgerblock, außerparlamentarische Aktion, Zuspitzung der Lohn- und Wirtschaftskämpfe.

Die Streiffront in Mitteldeutschland

Salle 28. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Streiffront in Halle steht weiterhin unerstickt. Alle Versuche der Unternehmer, durch persönliche Schreiben an die einzelnen Metallarbeiter, in denen ihnen Vergünstigungen, unter anderem Vorkaufspreisen versprochen werden, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen, die Streiffront zu zerlegen, scheitern an dem geschlossenen Kampfwillen der Metallarbeiter. In der Abteilung Schlosserei und Dreherei der Firma H. V. G. dehnt herrscht über den ungenügenden Kampfwillen der Metallarbeiter große Befürchtung. So arbeiten dort 1 Ingenieur, 1 Drehermeister und 1 Schlossermeister, um wenigstens eine Maschine klappen zu lassen.

Nach und vorzogen ist die Meldung der Leipziger Neuesten Nachrichten, wonach 300 Metallarbeiter der Maschinenfabrik Zimmermann und Co. in Halle ausgesperrt seien. Tatsache dagegen ist, daß nur 20 Prozent der Belegschaft ausgesperrt wurden und die übrigen 80 Prozent sich mit den Ausgeperrten solidarisch erklärten.

Die Aussperrung seitens der Unternehmer hat die erhoffte Wirkung verfehlt. Die Streikenden begrüßen sogar die Aussperrung, weil dadurch die Front der Streikenden erweitert wird und die Aussichten zum vollen Siege dadurch bedingt sind.

In Eisenburg ist nun auch in der Maschinenfabrik Bude die Aussperrung erfolgt. In diesem Falle ist somit die gesamte Metallindustrie hilfslos.

In Zschitz geht die passive Resistenz bei der Firma Opel u. Kühn (Abteilung Tischlerei) weiter. Die Kollegen leisten die Arbeit ein, weil die Unternehmer eine Accord-Reduzierung vorgenommen haben.

Trotz der Aufforderung der SPD, daß die Arbeiterchaft in den Sammelkassen der KPD keine Beträge einzuliefern sollen, werden die Sammelkassen im ganzen Bezirk mit aller Energie fortgesetzt und zeigen sehr gute Erfolge. Die Belegschaft der Produktionsgenossenschaft hat in ihrer gestrigen Belegschaftsversammlung eine Entschliebung angenommen, in der der Metallarbeiterchaft die volle Solidarität ausgesprochen wird, mit dem Wunsch, daß die Kämpfenden bis zum endgültigen Sieg ausdauern mögen. Es wurde der Beschluß gefaßt, an die Streikenden wöchentlich einen Stundenlohn abzuführen.

Dem höchsten Landesvorstand der KPD sind seitens der SPD des Freistaates Sachsen 500 Mark für die streikenden Metallarbeiter überwiesen worden.

Die Berliner Metallarbeiter vor dem Kampf

Berlin, 28. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat in den Verhandlungen am Donnerstag eine generelle Lohnerhöhung für die Werkzeugmacher abgelehnt und Verhandlungen betriebsweise vorgeschlagen. Hierzu beschloß gestern Abend die Vertrauensmännerkonferenz der Berliner Werkzeugmacher, das Angebot des VBMZ abzulehnen und die Branchenversammlung am Sonntag die Aufnahme des Kampfes um den Mindestlohn von 1,50 Mark zu empfehlen. Die hierzu notwendige Abstimmung über den Streik erfolgt Anfang nächster Woche. Eine Funktionärskonferenz beschloß einstimmig, der Branchenversammlung am Sonntag zu empfehlen, das Angebot der Unternehmer, betriebsweise Verhandlungen einzuleiten, abzulehnen. Zur Aufnahme des Kampfes auf zentraler Basis wird die Abstimmung über den Streik durchgeführt.

Die schwarze Reichswehr

Die gesamte Reichswehr besteht augenblicklich aus verächtliche Kampagne für die Freilassung der Fremden der Schulklapprott usw., trotzdem dieselben, wie mitgeteilt wird, Vergünstigungen erhalten, die einem proletarischen politischen Gefangenen nur ganz selten bewilligt werden. So haben die Fremden der Schwarzen Reichswehr das Recht, sich lärmige Festungen zu halten, lärmige Raucherlaubnis und können so viel Befehle bekommen, wie sie wollen.

Aus dem Geschrei der Hugenberg-Presse zur Freilassung dieser Fremden sind folgende Ausführungen sehr interessant, die deutlich zeigen, daß die preussische SPD-Koalitionsregierung, wie wir dies schon öfters festgestellt haben, das Bestehen der Schwarzen Reichswehr usw. in jeder Weise gefördert hat.

Der Sozialdemokrat schreibt:

„Es handelt sich (bei den Fremden der KPD) um vollwertige Kampfruppen, die in Kämpfen aufgestellt und geübt werden müßten, Maschinenabwehrabteilungen, Stochtruppen usw. . . . Selbstverständlich hat der Reichswehrminister dies gewußt, selbstverständlich hat die preussische Regierung dies gewußt, selbstverständlich hat die preussische Regierung dies gewußt. Sie haben nur die Taktik eingeschlagen, die Menschen, die sich für Regieren und Deutschland aufopfern (1), elend in Stich zu lassen.“

Es wird in ganz Deutschland wohl keinen Arbeiter geben, der glaubt, daß die Fremden ernüchtert sind. Die Hindenburg-Republik läßt ihre Getreuen nicht im Stich.

Der Sturmtrupp der Revolution

Zur Bezirkskonferenz des Bezirks Ostschlesien des KPD
Rudolf Renner, M. d. L.

Der Kampf um die Gewinnung der Jugend wird das immer härtere Problem aller Parteien. Die bürgerlichen Parteien bereiten den großen Angriff auf die Jugend des Proletariats durch das jetzt im Reichstag behandelte Reichsschulgesetz vor. Mehr wie bisher soll die Schule den Unterwerfungsgebunden durch die Verankerung der jungen Gehirne mit religiösen Märchen in die Jugend hineinschieben. Der neue deutsche Imperialismus, der sich vorbereitet, den aktiven Kampf um neue Weltmärkte zu beginnen, weiß, daß er zur Durchführung seiner Ziele die Jungmannschaften der breiten Massen der Westländer benötigt. Die breiten Schichten der proletarischen Jugend werden entweder eingeschlagen und irreführt von dem Gift der bürgerlich-religiösen Erziehung, werden billiges und williges Kanonenfutter und Ausbeutungsobjekt für die Trustkapitalisten, oder aber sie werden, aufgeführt durch die proletarische Bewegung, erfasst von der Avantgarde des Jungproletariats, des kommunistischen Jugendverbandes, und der Organisation der Jungparteilistenbewegung, entschlossene Kampftruppen der arbeitenden Klasse.

Die Periode der relativen Stabilisierung, die rückwärtige Rationalisierung und Schematisierung der Arbeit hat besonders die Jungarbeiterchaft schwer betroffen. Die Jungarbeiterchaft wird herangezogen zu Arbeiten, die früher und nicht einmal in diesem Hefttempo von der qualifizierten Arbeiterchaft ausgeführt wurden. Den deutschen Kapitalisten ist es durch die brutale Ausbeutung der Arbeiterchaft gelungen, die Produktionsquote trotz des Arbeiterabbaus mit der stärkeren Heranziehung der Frauen und Jungarbeiter über den Vorkriegsstand hinaus zu steigern. Der monatliche Durchschnitt der Rohenerzeugung ist gegenüber 1918 von 910 000 Tonnen auf 1 165 000 Tonnen im September 1925 gestiegen. Die Wertverhältnisse liegen von 419 000 Tonnen auf 1 122 000 Tonnen. Der Anteil der Wertproduktion in der Stahlindustrie stieg in Deutschland im Verhältnis zu 1923 von 15,7 auf 31 Prozent oder von 121 000 auf 45 000 Tonnen zu 1925. Die Ausbeutung des Jungproletariats in diesen Betrieben stieg verhältnismäßig noch höher. Das Jungproletariat wird am fliehenden Band als Rohdrücker beschäftigt, das Arbeitslosigkeitsgeheimnis steht immer noch als drohend bevor. Die Jungarbeiterchaft auf der Tagesordnung der nationalpolitischen und sozialistischen Verbände. Der durch das Reichsschulgesetz geführte Angriff gegen die Volksschule soll die Jugend nach der Entlassung aus der Schule in die christlichen und nationalistischen Verbände überführen. In der sozialdemokratischen Jugendbewegung wird das Jungproletariat bewußt und systematisch vom proletarischen Klassenkampf, von der Erkenntnis seiner Lage abgelenkt. In diesen Organisationen wird das Jungproletariat zur Anerkennung und Eingliederung in die kapitalistische Republik erogen, um diese Jungmänner dem Reichsbanner hörings als Kämpfer für die Großkapitalisten gegen das Proletariat zu überstellen.

Besonders die Frage des Reichsbanners spielt neben der Frage der Irreführung des Jungproletariats durch die sozialdemokratische Jugendbewegung eine außerordentlich bedeutsame Rolle. Im gegenwärtigen Moment ist die Frage des Reichsbanners deswegen besonders aktuell geworden, weil durch den Beschluß der Bundesleitung des Reichsbanners, die KPD-Deuts aus dem Reichsbanner zu entfernen, eine neue Irreführung des proletarischen Teils der Arbeiter und damit nicht zu ferner der proletarischen Jugend versucht wird. Die Jugend ist immer radikal und kämpferisch. Sie fühlt ihre Klassenlage und Klasseninteressen instinktiv. Gerade deswegen ist das Mandat der Reichsbanner-Bundesleitung für die proletarische Jugend besonders beachtlich. Das Hinauswerfen der KPD-Deuts aus dem Reichsbanner, bei dem obenstehenden Eintritt von Einzelmitgliedern aus der KPD offen gelassen wird, bedeutet keineswegs, gliedern aus der KPD-Bundesleitung den Kurs des Reichsbanners dem Kurs der KPD entgegenstellen wird. Wie die KPD, ist auch der Parteivorstand der SPD und damit auch die Bundesleitung des Reichsbanners für die Anerkennung der Hindenburgrepublik und die Wehrhaftmachung dieser Republik. Diese Wehrhaftmachung soll erfolgen, um in den Reichsbannerleuten neben den nationalpolitischen Verbänden Stahlhelm, Jungbo, neue Kampftruppen für den neuen deutschen Imperialismus und Heerstruppen gegen das revolutionäre Proletariat zu gewinnen.

Die Epoche des Imperialismus, die Epoche des sterbenden Kapitalismus verschärft die Gegensätze im Lager der internationalen Imperialisten. Diese Epoche des untergehenden Kapitalismus ist deswegen der Zeitabschnitt der Kriege und Bürgerkriege. In unterbrochen wächst die Kriegsgefahr. Krieg gegen die Sowjetunion, Niederwerfung des Arbeiter- und Bauernstaates ist seit Jahren das planmäßige Bestreben der Politik des englischen Imperialismus. Ueber alle Hindernisse im Lager der Imperialisten hinweg verfolgt die englische Bourgeoisie konsequent dieses Ziel. Bis jetzt ist es zwar den Diebards nicht gelungen, dieses Ziel zu verwirklichen, doch der erst eben bekannt gewordene neue Vorstoß der internationalen Kapitalisten unter der Führung Deterdings gegen Sowjetrußland, der Angriff auf den deutsch-russischen Kreditvertrag zeigen das Anwachsen der Kriegsgefahr gegen Sowjetrußland. Dazwischen hinein wachsen die kriegerischen Konflikte im Lager des Imperialismus selbst. Die Erhebung der Kolonialsklaven treibt die imperialistischen Räuber zu schnellerem Vormarschtreiben des Angriff-